

WIDERSPIEGELUNGEN

Das Bündnis feierte

Nach dem Bürgerschaftsbeschluss für ein Deserteursdenkmal in Hamburg

Wie in der letzten Ausgabe der LB berichtet, hat die Hamburger Bürgerschaft einstimmig der Errichtung eines Denkmals für die Deserteure der Wehrmacht zugestimmt. Das war ein Erfolg für das Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal und damit auch ein Grund zum Feiern. Für den 25. Juni war eingeladen, und die „Familie“ – wie sich die Mitglieder und Unterstützer des Bündnisses schon bisweilen nennen – war zahlreich erschienen. Schon bevor die Veranstaltung angefangen hatte und auch nach deren Beginn wurden die Erfolge des Bündnisses symbolisch an Hand einer Diashow von den vielen Veranstaltungen ins Gedächtnis gebracht.

René Senenko, wichtiger Motor des Bündnisses, moderierte die Veranstaltung. Der erste Redner war natürlich Ludwig Baumann, Begründer des Bundesverbandes der Opfer der NS-Militärjustiz, der bei der Expertenanhörung im Kulturausschuss die Köpfe und Herzen der Abgeordneten gewonnen hatte. Er nutzte nun die Gelegenheit, den Neffen seines Freundes Kurt Oldenburg vorzustellen. Oldenburg war zusammen mit Baumann wegen Desertion zum Tode verurteilt worden; anschließend war ihre Strafe in eine Zuchthausstrafe umgewandelt worden, wovon beide jedoch erst sehr viel später erfuhren. Im Gegensatz zu Ludwig Baumann überlebte Kurt Oldenburg den Krieg nicht; er kehrte von seinem Einsatz in einem „Bewährungsbataillon“ nicht zurück. Anlässlich der Verlegung des Stolpersteins für seinen Freund Kurt hatte Ludwig Baumann dessen gleichnamigen Neffen kennen gelernt.

Ludwig Baumann, inzwischen 90 Jahre alt, macht durch sein Auftreten das Thema „Desertion aus der NS-Wehrmacht“ immer wieder lebendig.

René Senenko ließ im Rückblick erkennen, dass die Anfänge des Projekts den gerade errungenen Erfolg noch gar nicht erahnen ließ; dass es zu einem Bündnis kommen würde, war noch nicht absehbar gewesen, als vor 2 Jahren die Willi Bredel-Gesellschaft eine Fahrradtour zu den Gräbern von Deserteuren auf

dem Friedhof Ohlsdorf anbot. Er erinnerte sich selbstironisch daran, wie er danach, als die Idee eines Deserteursdenkmals in Hamburg aufkam, noch den Bahnhofsvorplatz in Ohlsdorf als Standort vorgeschlagen hatte. Da habe er spontanen Widerspruch von Detlef Garbe geerntet, der sofort den Ort am Kriegsklotz ins Spiel brachte.

Auch Detlef Mielke (DFG/ VK) hatte bereits damals diese Idee gehabt. Er wünschte sich, wie er nun in seiner Rede sagte, als Bezeichnung für den Standort aber den Namen „Hiroshima-Platz“. Den gibt es heute zwar noch nicht, das Hamburger Forum hat aber schon seit längerer Zeit vorgeschlagen, den Stephansplatz entsprechend umzubenennen. In einem solchen Detail spiegelt sich die Unterschiedlichkeit der Ansätze im Bündnis. So hebt Mielke immer wieder hervor, dass es seiner Organisation immer auch um Deserteure geht, die gegenwärtig desertieren. (Auf dem 4. Klotz-Fest hatte z. B. ein Deserteur aus den USA gesprochen.)

Ulrich Hentschel von der Evangelischen Akademie ist zwar nicht Mitglied im Bündnis, hat aber immer das gleiche Anliegen verfolgt, wenn auch mit anderen Akzenten. Pastor Hentschel markierte deutlich seine Sonderrolle als Vertreter der Kirche; dessen ungeachtet erhielt er Beifall, als er zum Abschluss seiner Rede den Wunsch äußerte, dass die Bundeswehr eines Tages abgeschafft werde.

Hentschel hatte in seiner Rede die Frage zu beantworten versucht, weshalb die Abstimmung in der Bürgerschaft so überraschend geräuschlos über die Bühne gegangen sei. (Schon zuvor hatte Georg Chodinski von der VVN/ BdA in seiner Rede an verschiedenen Stellen angemerkt, dass er die Einigkeit der an bestimmten Diskussionen beteiligten Parteienvertreter nie hatte glauben wollen, bis ihm die Abstimmung in der Bürgerschaft keine andere Wahl gelassen hatte.) Hentschel sprach der Wehrmachtsausstellung in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung zu, wofür sicher vieles spricht. (Das Bild von der „sauberen Wehrmacht“ ist seitdem nachhaltig in

Frage gestellt.) Der bereits erwähnte Detlef Mielke ergänzte die Antwort, indem er auf die kürzlich erfolgte Aussetzung der Wehrpflicht und auf die Schließung von Kasernen sowie die Aufgabe von Übungsgelände hinwies, die auch praktische Auswirkungen im Hinblick auf die Zugänglichkeit zu bestimmten bisher auf militärische Nutzung eingegrenzten Arealen hatte.

Als einer der Höhepunkte des Abends darf das Erscheinen des Bürgerschaftsabgeordneten Norbert Hackbusch (DIE LINKE) betrachtet werden, der – nicht zuletzt in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Kulturausschusses – wesentlich zum Erfolg der Bemühungen des Bündnisses beigetragen hat. In gewohnter Bescheidenheit strich er den großen Anteil heraus, den das Bündnis daran gehabt habe. Im Gedächtnis bleiben wird sein Glückwunsch an den CDU-Abgeordneten Andreas Wankum dafür, dass er es geschafft habe, seine Fraktion geschlossen hinter den Bürgerschaftsbeschluss zu bringen. Als er seine Beklommenheit angesichts des möglichen Eindrucks formulierte, als lobte er nun plötzlich CDU-Politiker, half ihm Ulrich Hentschel mit dem Argument aus, ein Glückwunsch sei mit einem Lob nicht ohne Weiteres gleichzusetzen – eine Hilfe, für die Hackbusch sich dann auch sogleich bedankte.

Auf der anderen Seite gab es auch warnende Hinweise, sich nicht von Erfolgen einlullen zu lassen.

René Senenko forderte, es nicht soweit kommen zu lassen, dass nach Errichtung des geforderten Deserteursdenkmals alle Beteiligten die Hände in den Schoß legten. In seiner kreativen Art stellte er sich sogleich vor, dass der Platz um das Denkmal herum mit Bänken und anderen Einrichtungen ausgestattet werden könnte, die es ermöglichten, daraus einen Ort der Begegnung und Auseinandersetzung zu machen, so dass dort auch Veranstaltungen stattfinden könnten.

Doch die Aufmerksamkeit der Beteiligten muss auch auf bestimmte bedenkliche Entwicklungen gelenkt werden.

So wies Detlef Garbe (Leiter der KZ-

Gedenkstätte Neuengamme) auf Ansätze hin, **die Sondergerichtsbarkeit für das Militär allmählich wiederzubeleben**; es ist daran gedacht, in Kempten eine Sonderstaatsanwaltschaft einzurichten, die Vergehen von Soldaten aburteilen wird, die diese im Auslandseinsatz begangen haben sollen. Er betonte zwar, dass dies nicht mit der Militärjustiz vergangener Zeiten gleichzusetzen sei, wohl aber den Einstieg in eine solche Entwicklung bedeuten könne.

Der gewerkschaftliche Bereich ist auch durchaus brisant, wenn es um das Thema „Deserteure“ geht, sind doch die in der Rüstungsindustrie Beschäftigten in vielen Fällen Mitglieder der IG Metall. Wie dicke Bretter dort zu bohren sind und mit wie kleinem Karo dort von bestimmten Stellen gearbeitet wird (Stichwort: Angabe der Zugehörigkeit zur Gewerkschaft auf Veranstaltungsankündigungen), davon konnte Wolfgang Dittmann ein Lied singen.

Auf jeden Fall – das war allen Anwesenden klar – muss nach diesem großen Erfolg der Blick in die Zukunft gerichtet



Quelle: Feindbegünstigung

werden; so blätterte Detlef Mielke eine Reihe von Möglichkeiten auf, wie das Bündnis öffentlich in Erscheinung treten könne: angefangen von einer durch die KZ-Gedenkstätte Neuengamme ausgerichteten Ausstellung im Hamburger Rathaus, über den Kirchentag und die Gartenschau.

Ein kleiner Wehrmutstropfen aus meiner Sicht: René Senenko hatte einen, wie

ich finde, großartigen Vorschlag gemacht; die Anwesenden (mit Ausnahme der eben Genannten, wie ich voraussetzen möchte) sollten die Gelegenheit erhalten, eine Rede von einer Minute Länge zu halten. Leider nahm niemand (außer dem Berichterstatter) dieses Angebot an.

28.06.2012 Lothar Zieske

Antwort auf den Text der Anarchistischen Gruppe/Rätekommunist[Inn]en

Als erfrischende Alternative zu Fußball und Nationalismus bieten wir im Folgenden die Fortsetzung der kritischen Auseinandersetzung zwischen AG/R (siehe Polemik gegen die Generallinie der SoL, LB 12/2012) und SoL. So mögen auch im Sommer die Gehirnzellen nicht ganz absterben. Das ganze aus Platzgründen in zwei Teilen. Red.

Wir freuen uns über die Kritik der AG/R und da eine Debatte nicht nur von Klarheit und Kürze lebt, wollen wir etwas ausführlicher auf den Text eingehen und die Gelegenheit nutzen, um einige grundlegende Punkte darzulegen. Für die AG/R mag das wie die von ihnen kritisierte Selbstbeschäftigung aussehen. Wir halten es für einen integralen Bestandteil von Theorie und Praxis. Im ersten Teil unserer Antwort diskutieren wir die von der AG/R unterstellte Eindimensionalität unserer Betrachtungen der gesellschaftlichen Zustände im Kapitalismus, ihrer Konsequenzen und unserer Lösungsansätze. Danach geht es um unsere Organisations- und Sozialismus-Vorstellungen.

Die AG/R wirft uns reduktionistischen Ökonomismus vor, wodurch alle anderen

Unterdrückungsverhältnisse in unserer Analyse hintenüber fallen würden. Eigentlich sollte es nach einem Blick in unser Grundsatzpapier, den die AG/R ja offensichtlich gewagt hat, mit solchen „Missverständnissen“ nicht weit sein. Wir nehmen uns trotzdem die Zeit, einige Dinge noch einmal exemplarisch auszuführen. Alle Zitate, die wir im Folgenden nicht belegen, stammen, wenn wundert's, aus unserem Grundsatzpapier.

Nein, es ist nicht so, dass wir die Existenz von Privateigentum für das alleinige Übel in der Welt halten und schon gar nicht steht so etwas wie Verteilungsgerechtigkeit im Zentrum unserer Programmatik. AG/R behauptet zwar, „dass es [für SoL] bereits Sozialismus wäre, wenn das gesellschaftlich erarbeitete Gesamtprodukt gerechter verteilt würde, wenn vor allem nicht mehr die KapitalistInnen vom Mehrprodukt profitierten“, wir selbst haben so etwas jedoch nie gesagt. Eine solche Analyse trifft den Kern der Sache nicht, denn der hauptsächliche Widerspruch im imperialistischen Deutschland, der zwischen Kapital und Arbeit, findet seinen Ausdruck darin,

dass gesellschaftlich produziert und privat angeeignet wird. Es besteht nicht im geringsten die Möglichkeit, an dieser Grundsätzlichkeit etwas zu ändern, wenn man auf dieser Grundlage, d. h. innerhalb der Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus, auf die Verteilung zielt und Politik betreibt. Dass der Bock sich hier zum Gärtner aufschwingt, wird vielleicht erst auf den zweiten Blick deutlich, aber die AG/R selbst erwecken mit ihrem Vorwurf die Illusion, dass es so etwas wie einen „gerechten“ Kapitalismus geben könne.

Als MaterialistInnen begreifen wir die Ökonomie als Basis der Gesellschaft, aus der sich gewisse Ideen wie Moral, Religion usw. entwickeln und aufgrund der gewisse Dinge wie Staat, Nation usw. geschaffen werden. Uns aber vorzuwerfen, wir würden uns von Kämpfen innerhalb des „Überbaus“ abwenden, ist angesichts unseres teilweise jahrelangen Engagements z. B. in antifaschistischen, antimilitaristischen, antirassistischen, proletarisch-feministischen, kulturellen und Stadtteil-Bewegungen und -Kämpfen schlichtweg absurd. Weder ist es also so,